

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Abgeordneten Peter Wurm
und weiterer Abgeordneter
betreffend Dotierung des Vereins für Konsumenteninformation

Mindestens zwei Mio. Euro zusätzlich pro Jahr sind notwendig, um den Betrieb des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) "qualitativ aufrecht zu erhalten". Das sagte Geschäftsführer Franz Floss am Dienstag bei einer Pressekonferenz. "Uns geht langsam die Luft aus", warnte der VKI-Chef, der Ende des Monats im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand geht und nun Bilanz über seine Tätigkeit zog.

Floss forderte die Umsetzung des Regierungsprogramms von 2013, wonach von der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) verhängte Bußgelder dem VKI zugutekommen sollen. Die Verhandlungen in den Ministerien würden noch laufen. Der VKI sei nicht in die Gespräche eingebunden, brauche aber langsam etwas Schriftliches zur Planung, betonte der Leiter der Verbraucherorganisation.

In einem Jahr wird es uns noch geben, weil wir gut kaufmännisch gut arbeiten und Rücklagen haben", erläuterte Floss. Wie die Situation ohne zusätzliches Geld in zwei Jahren aussehe, könne er nicht abschätzen. Das würde aber womöglich bedeuten, "dass der VKI seine Aufgaben nicht erfüllen kann". Es habe schon vor einiger Zeit Nicht-Nachbesetzungen von Stellen in der Organisation gegeben, fügte Floss hinzu.

Den erhöhten Finanzbedarf begründete der scheidende Geschäftsführer mit der steigenden Zahl an Tests und der umfangreicheren Arbeit. Produkte kämen in viel kürzeren Abständen auf den Markt als früher, hielt Floss fest. Es gehe zudem nicht mehr nur darum, "wie gut wäscht eine Waschmaschine?", sondern beispielsweise auch um den Strom- und Wasserverbrauch und die Langlebigkeit. "Das Angebot ist größer geworden und wir müssen dem Konsumenten mehr bieten."

Der VKI befindet sich laut Floss in einem Modernisierungsprozess. Dabei gehe es beispielsweise um die Betreuung von Social Media und die Erstellung von Videos zu Produkttests. "Wir müssen Testergebnisse auch viel schneller publizieren", verwies Floss auf rasche Neuentwicklungen. Die zahlreichen Konsumentenbewertungen im Internet seien ebenfalls eine neue Herausforderung, hier "bieten wir den Wegweiser in diesem Dschungel", sagte Floss.

"Wenn wir die zwei Millionen bekommen, dann können wir unsere Arbeit weiterführen und langsam modernisieren." Für den Umstellungsprozess sei aber noch mehr Geld notwendig, sagte Floss. Der Betriebsrat forderte bei der Pressekonferenz mit einem Transparent mit der Aufschrift: "Her mit der Marie für den VKI" und Infoblättern ebenfalls die Umsetzung des Regierungsprogramms.

Die Verbraucherorganisation mit einem Jahresbudget von rund zehn Mio. Euro finanziert ihre Arbeit zu rund 75 Prozent selbst, betonte Floss. Der VKI erhält seine Erlöse vor allem durch Publikationen wie dem "Konsument"-Magazin, durch Projekte sowie Verlags- und Beratungstätigkeit. Gefördert wird der VKI außerdem durch Mitgliedsbeiträge der Bundesarbeitskammer (AK) und des ÖGB sowie durch eine Basissubvention des Sozialministeriums.

"Ich habe in meiner gesamten politischen Karriere nie so viel erreicht wie hier beim VKI", resümierte der frühere Bundesgeschäftsführer der Grünen über die Erfolge der Verbraucherorganisation. Besonders hob Floss die Melde- und Informationsplattform Lebensmittel-Check.at hervor. Die beiden "Energiekosten-Stop"-Aktionen brachten seit dem Jahr 2013 außerdem mehr als 115.000 Wechselaufträge von Strom- und Gaskunden und den Teilnehmern Gesamtersparnisse von über 15 Mio. Euro.

Auch die Klagstätigkeit des VKI sei Teil der Erfolgsbilanz, erklärte Floss. "2014 wurden insgesamt 30 Mio. Euro erstritten." 85 Prozent der abgeschlossenen Verfahren wurden "im Sinne der Konsumenten entschieden". Floss übergibt nach mehr als 40-jähriger Tätigkeit in der Verbraucherorganisation sein Amt Anfang Oktober an den bisherigen Geschäftsführer Josef Kubitschek und VKI-Neuzugang Rainer Spenger. (SN 22.09.2015)

Jetzt ist auch noch der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) aus dem VKI mit Ende 2016 ausgetreten:

ÖGB beendet Mitgliedschaft bei VKI mit Jahresende

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖBG) legt mit Jahresende seine Mitgliedschaft beim Verein für Konsumenteninformation (VKI) zurück. Das schreibt der „Standard“ unter Berufung auf eine ÖGB-Sprecherin.

Damit bliebe nur noch die Arbeiterkammer (AK) als Sozialpartnermitglied des VKI übrig. Wirtschafts- und Landwirtschaftskammern sind schon länger keine Mitglieder mehr.

Da der ÖGB seit der BAWAG-Krise 2007 nur noch 1.000 Euro Mitgliedschaftsbeitrag im Jahr beisteuere, sei das finanziell kein Problem, so ÖGB-Sprecherin Alexa Jirez. Der VKI erhält laut „Standard“ 3,4 Mio. Euro öffentliche Zuschrüsse vom Arbeits- und Sozialministerium und 661.000 Euro Mitgliedsbeiträge - davon 600.000 von der Arbeiterkammer.

12,7 Mio. Euro und damit 70 Prozent seiner Betriebsleistung erwirtschaftete der VKI selbst durch Beratung, Publikationen und Projekte. Das Ausscheiden des ÖGB könnte aber Zweifel an der Unabhängigkeit des VKI nähren. <http://orf.at/#/stories/2364713/>

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage auszuarbeiten, die eine entsprechend dotierte Basissubvention durch den Bund für den Verein für Konsumenteninformation(VKI) vorsieht. Diese Basissubvention des Bundes soll aus den Erträgen des Kartellgerichts bei Wettbewerbsverfahren finanziert werden.,,



In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgeschlagen.



